

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Antrag

Es informiert Sie Ursula Albel

Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563 6677
Fax (0202)
E-Mail ratsfraktion@pds-wuppertal.de

Datum 02.02.2007

Drucks. Nr. VO/0125/07
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
07.02.2007	Hauptausschuss
12.02.2007	Rat der Stadt Wuppertal

**Resolution Landespersonalvertretungsgesetz
Antrag der Ratsfraktion der Linkspartei.PDS**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt möge folgende Resolution beschließen:

Der Rat der Stadt fordert die Landesregierung auf, ihre Pläne zur Verschlechterung des bestehenden Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) aufzugeben.

Er denkt dabei vor allem an die Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung, die dort wichtige und wertvolle Arbeit im Dienste der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt leisten. Die Mitbestimmungsrechte, die im LPVG verankert sind, haben in der Vergangenheit dazu beigetragen, ein demokratisches Arbeitsklima zu schaffen, das in hohem Maße zur Motivation der Beschäftigten beigetragen hat und erhalten bleiben muss.

Die im Rat vertretenen Parteien fühlen sich neben der Wahrnehmung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt auch verpflichtet, für die demokratischen Rechte der in der Stadtverwaltung Beschäftigten einzutreten.

Darum tritt der Rat der Stadt Wuppertal für die Beibehaltung des geltenden LPVG ein.

Begründung:

Die nordrhein-westfälische Landesregierung beabsichtigt, das Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) zu ändern und damit viele Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten einzuschränken.

Die geplanten Änderungen haben u.a. zur Folge:

- die Einschränkung der Mitbestimmung des Personalrates bei Umsetzungen von Kolleginnen und Kollegen,
- den Wegfall der Mitbestimmung bei befristeten Arbeitsverträgen,
- den Wegfall der Mitbestimmung bei Kündigungen; stattdessen soll nur noch eine Anhörung stattfinden,
- die Abschaffung der Beteiligung des Personalrats bei Aufhebungs- und Veränderungsverträgen,

- Abschaffung der Anhörung bei Abmahnungen,
- Einschränkung der Zeit, die den Personalräten für ihre Arbeit im Interesse der Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung steht,
- Einführung des Instruments „Personaleinsatzmanagement“ (PEM), das Versetzungen der Beschäftigten auch gegen deren Willen wesentlich erleichtert.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth August
Stadtverordnete

Elke von der Beeck
Stadtverordnete

Gerd-Peter Zielezinski
Fraktionsvorsitzender